

# 61. Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei in Köln

Rede von

Christian Lindner,  
Generalsekretär der FDP,  
am 24. April 2010

Abschrift des Videomitschnitts unter : <http://parteitag.fdp.de/>

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde.

haben Sie sehr herzlichen Dank für dieses tolle Votum, für diesen großen Vertrauensvorschuss, den Sie mir gegeben haben. Das Amt ist ohne Frage eine Herausforderung, für jeden wäre es eine Herausforderung, aber selbstverständlich ist die Herausforderung umso größer je weniger man sie auch mit persönlicher Erfahrung aufwiegen kann.

Der Start der neuen Koalition – der Start der neuen Koalition war – aber das wissen wir auch selber. Manches hätten wir uns ersparen können. Zu oft haben wir der Opposition gestattet, dass die Aufmerksamkeit auf Oberflächlichkeiten gelenkt worden ist. Gelegentlich hat sich die Koalition auch selbst mit Nebensächlichkeiten beschäftigt. Aber diese Phase ist beendet. Wir gewinnen Vertrauen dadurch, dass wir unsere Regierungsvorhaben konkretisieren. Und wir überzeugen Skeptiker durch Ergebnisse. Die Tat ist stärker als das Wort – stärker auch als das geschriebene Wort, meine Damen und Herren.

Staatsklugheit zu zeigen heißt, zu fairen Kompromissen in einer Koalition fähig zu sein, heißt das mögliche zu tun. Wir haben unser Vermögen gezeigt mit dem Koalitionsvertrag. Staatsklugheit heißt aber auch, am als richtig Erkannten fest zu halten. Menschen die Angst vor Veränderung zu nehmen heißt, gegebene Zusagen zu halten. Diesen Anspruch haben wir an uns und den Anspruch haben wir auch an unseren Koalitionspartner, meine Damen und Herren.

Wir haben in der Koalition ein gemeinsames Wertefundament. Das ist die Soziale Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet eine dynamische Wirtschaft mit sozialem Ausgleich, Leistungsgerechtigkeit mit Teilhabe. Die Soziale Marktwirtschaft stärkt die Innovationskraft und sie entmächtigt die Mächtigen durch freien Wettbewerb. Die Soziale Marktwirtschaft beschreibt den normativen Vorrang privater Initiative innerhalb eines staatlichen Ordnungsrahmens. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung: Sie ist ein Gesellschaftsmodell. Sie ist die Ordnung der Freiheit.

Aber diese Ordnung ist in den vergangenen Jahren nicht gepflegt worden. Ihr kulturelles und ihr Vertrauenskapital sind verbraucht und nicht gestärkt worden. Deshalb gibt es so etwas wie eine Art Unbehagen in der Kultur. Eine gewisse geschmäckerliche Abneigung gegen den freien Markt. Es formieren sich auch Gegenmodelle. Die ZEIT sinnierte neulich in einem Leitartikel darüber, dass ein sanfter Etatismus die bessere Antwort auf die Fragen der Zeit sei, ein sanfter Etatismus.

Es bleibt aber nicht bei dieser Feuilleton-Debatte, die ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt. Es gibt auch ein politisches Gegenmodell, das vorbereitet wird. Dieser Tage haben die Generalsekretärin der Sozialdemokraten und die politische Bundesgeschäftsführerin der Grünen einen bemerkenswerten Aufsatz veröffentlicht und in diesem bemerkenswerten Aufsatz findet sich ein Schlüsselsatz. Da heißt es nämlich: “Wir brauchen eine demokratisch legitimierte Klärung, welche Bereiche in Zukunft wachsen sollen und welche nicht.“

Eine demokratische Klärung, eine politische Entscheidung, welche Bereiche in unserer Gesellschaft in Zukunft wachsen sollen und welche nicht. Wer entscheidet eigentlich in der Sozialen Marktwirtschaft in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickelt? Wer hat in den vergangenen 60 Jahren entschieden, in welche Richtung sich diese Gesellschaft entwickelt hat? Das waren die Millionen Kunden, die ihre Konsumentensouveränität genutzt haben, dieses Produkt zu kaufen und ein anderes nicht. Das waren hunderttausende Unternehmen, die

entscheiden haben, dieses Produkt zu entwickeln und jenen Markt anzustreben und einen anderen nicht. Das waren tausende Wissenschaftler, die ihre Wissenschaftsfreiheit genutzt haben, diese Innovation zu erreichen und eine andere nicht zu suchen. Meine Damen und Herren, die Millionen Einzelentscheidungen, die Schwarmintelligenz der Gesellschaft ist in jedem Fall dem politischen Diktat überlegen. Und deshalb wollen wir die Soziale Marktwirtschaft als Ordnung der Freiheit verteidigen. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, das ist unser Projekt. Es bedeutet das Sozialstaatsprinzip nicht mehr gegen das Leistungsprinzip auszuspielen, sondern das Leistungsprinzip zu nutzen, um das Sozialstaatsprinzip zu verwirklichen. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, das bedeutet den Markt als Innovationstreiber, als Kostensenker zu nutzen, um ökologische Ziele auch zu erreichen und nicht einen ökologischen Dirigismus à la Glühbirnenverbot zu frönen. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, das bedeutet auch die Finanzmärkte zurück zu führen in ihre dienende Funktion für die Soziale Marktwirtschaft, für die so genannte Realwirtschaft.

Es bedeutet aber nicht, die Finanzbranche zu verteufeln. Denn die Finanzmärkte stellen für industrielle Revolutionen Kapital zu Verfügung. Sie halten an zu Effizienz. Sie sorgen dafür, dass Innovationen im Wettbewerb hervorgebracht werden und sie geben Unternehmen neue Möglichkeiten, sich gegen Währungsrisiken und gegen Rohstoffrisiken abzusichern. Aber durch eine neue Finanzaufsicht, durch die beschlossene Bankenabgabe und durch neue Kapitalanforderungen ziehen wir die Bremse bei irrealen Risiken, irrealen Renditen und irrealen Boni, die gewährt werden, meine Damen und Herren. Das ist die Antwort des Marktes und der Sozialen Marktwirtschaft auf die Finanzmarktkrise. Es ist nicht den Markt in Ketten zu legen, sondern seine Kraft schöpferisch zu nutzen – im Interesse dieser Gesellschaft.

Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, das erfordert eine neue Balance von Staat und Privat. Uns Liberalen wird gelegentlich vorgeworfen, wir seien gegen den Staat. Das ist so plump wie falsch. Aber wir beten den Staat nicht als metaphysische Größe an. Wir wollen einen Staat, der Achtung genießt aufgrund der Leistungsfähigkeit seiner sozialen und ökonomischen Institutionen, meine Damen und Herren. Und vor diesem Hintergrund ist die Bilanz der Staatstätigkeit im letzten Jahrzehnt nicht befriedigend. Wir haben einen Staat, der wächst. Inzwischen haben wir den mit am besten finanzierten Wohlfahrtsstaat der Welt. Es ist ein Staat, der schwach ist als Ordnungskraft der Wirtschaft, der schwach ist als Garant von Bildungschancen, der sich statt dessen verzettelt in Subventionen und Lenkungen im Einzelnen.

Der Steuer- und Sozialstaat lenkt die Bürger. Durch eine Vielzahl von Belohnungen, von Privilegien. Er privilegiert etwa die Investition in Film- und Schiffsfonds, er veranlasst den Investor, Partner einer Gesellschaft zu werden, deren Produkt ihn nicht interessiert, deren Mitgesellschafter er nicht kennen lernen will, deren Produktionsstandorte er nie besuchen wird, allein aus der Sehnsucht nach steuerlichem Verlust. Der Staat entscheidet mit über die Aufgabenteilung in der Familie, zwischen Mann und Frau, über die Frage wie Kinderbetreuungskosten abgerechnet werden und das Elterngeld ausgezahlt wird. Der Staat entscheidet mit, ob Ihre kaputte Waschmaschine im Keller repariert wird, dann können Sie es steuerlich geltend machen, oder ob der Handwerker die mit in die Werkstatt nimmt, dann können Sie es nicht steuerlich geltend machen. Der Staat entscheidet – ja das ist keine Karikatur, das ist so – der Staat entscheidet über zentrale Lebensentscheidungen mit und er prägt den Alltag. Die Allgegenwärtigkeit des Staates gibt den freien Lebensentwürfen Schablonen. Man kann sich dem Konformitätsdruck und Kontinuitätsdruck entziehen. Aber dafür muss man zahlen – oder verzichten. Die anonymen Verteilungsbükratien nähren die Illusion, jeder könnte auf Kosten aller leben.

Wir haben die Situation, dass die Allgegenwärtigkeit des Staates und das Durchdringen der privaten Lebenssphäre durch den Staat eine größere Bedrohung, eine größere Beeinträchtigung für die Freiheit ist, als die schiere Größe des öffentlichen Sektors. Denn aus dem freien Menschen wird der gelenkte Mensch. Wo Bürger aber vom Staat Privilegien erhoffen, da werden sie vom stolzen Bürger zum käuflichen Untertan. Und deshalb ist die Neuordnung des Sozialstaats und des Steuerstaats eine Freiheitsfrage. Das ist nicht allein eine Frage der Effizienz, nicht allein eine Frage der Gerechtigkeit, es ist eine Frage der Freiheit, das Steuersystem einfach, niedrig und gerecht zu machen.

Und hätten wir nicht genug Belege dafür, so gibt es doch noch immer mal wieder neue, die beachtlich sind. So ist etwa dieser Tage ein Steuerbescheid aus Niedersachsen – Philipp, ich mache es später wieder gut – ein Steuerbescheid aus Niedersachsen öffentlich geworden. Und da heißt es, ich zitiere das, die Finanzbehörde schreibt dem Steuerzahler: „Im Rahmen der Einkommenssteuerveranlagung wird dazu geraten, Einspruch gegen den Bescheid einzulegen und gleichzeitig die Aussetzung der Vollziehung zu beantragen.“ So die fürsorgliche Empfehlung. Und das Finanzamt setzt dann fort: „Bitte fügen Sie dem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung eine Ermittlung der auszusetzenden Beträge bei, da von Seiten des Finanzamtes zurzeit auch insoweit noch keine Berechnungsmöglichkeit besteht“ Zitat Ende. Das Finanzamt ist weder in der Lage zu sagen, wie hoch die Steuerschuld ist, noch kann die Finanzbehörde einen rechtskräftigen Bescheid ausstellen, meine Damen und Herren. Ein Steuerrecht, das selbst die Finanzbehörde nicht versteht und administrieren kann, ein solches Steuerrecht hat seine Autorität und Legitimation verloren, meine Damen und Herren. Deshalb bestehen wir auf der Neuordnung des Steuerrechts.

Wir haben eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet, wie das Steuerrecht einfacher werden kann. Von Pauschalierungen angefangen über einfachere Formulare, das Wahlrecht nur alle zwei Jahre eine Steuererklärung für zwei Jahre abgeben zu können, oder der einfache und in vielen anderen Ländern praktizierte Vorschlag, dass der Steuerpflichtige vom Finanzamt eine vorausgefüllte Steuererklärung als Vorlage bekommt – damit er nicht mehr alle Beläge und Daten selbst zusammen suchen muss. Das spart viele Stunden. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Und wir wollen mit der Vereinfachung des Steuerrechts so bald als möglich beginnen, denn die Bürger haben schon viel zu lange auf diese Jahrhundertreform gewartet, meine Damen und Herren.

Aber die Vereinfachung ist nur die eine Frage. Sie ist nicht einfacher, aber sie ist genauso wichtig wie die andere Frage, nämlich die Entlastung. Und auch hier hält die FDP Kurs. Wir brauchen diese Entlastung. Wir sind für diese Entlastung, nicht obwohl es eine Wirtschaftskrise gibt, wir sind für die Entlastung, weil es eine Wirtschaftskrise gibt. Von jedem hinzuverdienten Euro, durch eine Überstunde oder eine Gehaltserhöhung, gibt der Durchschnittsverdiener 52 Cent ab. Unser Stufentarif reduziert diese so genannte Grenzbelastung und gibt einen echten Anreiz, sich stärker in die Kurve zu legen. Er belohnt den Fleiß der Tüchtigen, meine Damen und Herren.

Wir haben ein Jahrzehnt reale Einkommensverluste bei den Beziehern von Durchschnittseinkommen gehabt, weil der Staat sich über die kalte Progression an den Inflationsgewinnen bereichert hat. Hier in diesem Bereich zu einer Entlastung zu kommen ist ein viele Male wirksameres Konjunkturprogramm als vieles von dem, was die Große Koalition beschlossen hat, meine Damen und Herren. Und deshalb halten wir Kurs bei der Vereinfachung des Steuerrechts. Es ist im Übrigen auch nicht so, Andreas Pinkwart hat das heute Morgen bereits ausgeführt, dass der Staat kein Geld hätte, dass der Staat arm sei, wie es

mir neulich in einer Fernsehsendung von einem Moderator entgegengehalten wurde. Der Staat ist nicht arm. Die Zahlen sind genauso klar wie nüchtern. Im Jahr 2005, in einem Boomjahr, hatte der Gesamtstaat Steuereinnahmen von 450 Milliarden Euro. In diesem Jahr, in einem Krisenjahr, sind es 510 Milliarden Euro. Und nach allen Steuerschätzungen, von denen uns gesagt wird, dass sie sich nicht dramatisch verändern, nach allen Steuerschätzungen wird der Gesamtstaat nach einigen Schwankungen im Jahr 2013 über 570 Milliarden Euro Steuereinnahmen haben. Ein Aufwuchs der Staatseinnahmen um 30 Prozent! Die hat kein Bürger. Und deshalb: Das Problem ist nicht, dass der Staat kein Geld hätte. Das Problem ist, dass die Bürger es gar nicht so schnell erwirtschaften können, wie die Politiker neue Staatsaufgaben erfinden können meine Damen und Herren. Und diesen Mechanismus ändern wir jetzt, weil es eine faire Balance zwischen Privat und Staat geben muss.

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen erfolgreich Politik betrieben unter der Überschrift "Privat vor Staat". In diesen Tagen geht jetzt der amtierende Ministerpräsident, unser Koalitionspartner, mit dem wir viele Erfolge erreicht haben, in die Öffentlichkeit und sagt dieses Wort, "Privat vor Staat", das hätte keine Bedeutung mehr für ihn. Das sei für ihn nicht mehr Leitmaßstab seines Handelns. Dann muss der Umkehrschluss gelten: "Staat vor Privat". Bei aller Freundschaft, das ist keine bürgerliche Politik mehr. Und deshalb zeigt sich, die FDP wird als Korrektiv, als Kompass, als Motor der Union gebraucht, sie ist unverzichtbar für diese Aufgabe. Wir wollen die Entlastung der Menschen. In der Mitte der Gesellschaft.

Nun gibt es etwas Zweites, was uns entgegengehalten wird. Neben der Finanzierungsproblematik, ich komme gleich auch noch mal auf die Gegenfinanzierung zu sprechen, es wird gesagt: „Die Leute wollen das gar nicht.“ Nach Umfragen würde die Mehrheit der 82 Millionen Deutschen sagen: „Wir wollen diese Steuerentlastung nicht, wir brauchen sie nicht.“ Wir haben in Deutschland 26 Millionen Steuerzahler. Von diesen 26 Millionen Steuerzahlern erbringen 50 Prozent 95 Prozent des Steueraufkommens. 13 Millionen Menschen erwirtschaften 95 Prozent des Aufkommens der Lohn- und Einkommenssteuer. Das ist nicht die Upperclass. Das Gros dieser 13 Millionen sind Menschen, die zwischen 2.000 und unter 4.000 Euro verdienen. Hart arbeitende Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die ihre Kinder erziehen, sich um ihre Familie kümmern, in Nachbarschaften und Vereinen aktiv sind. Die stellen möglicherweise nicht die Mehrheit in diesem Land, aber deren Interessen zu vernachlässigen und sie in Umfragen unterzupflügen, legt die Axt an die soziale Stabilität in diesem Land, meine Damen und Herren. Deshalb ergreifen wir für die auch Partei. Kein anderer macht das doch. Das ist unser Auftrag.

Und jetzt ein Wort zur Gegenfinanzierung. Allenthalben wird gesagt: „Ja also das ist ja überhaupt gar nicht möglich, schlechterdings unmöglich, was Ihr vorschlagt.“ Wir haben doch einen Gegenbeweis angetreten mit dem Haushalt 2010. Das ist noch nicht einmal ein Haushalt, den wir selber komplett haben vorlegen können. Der trägt noch die Züge der Politik von Peer Steinbrück. Aber wir haben im Verfahren Veränderungen vorgenommen. Wir haben die Neuverschuldung, die Peer Steinbrück geplant hatte, um sechs Milliarden Euro unterboten; auch unter Zuhilfenahme, entgegen anders lautender Gerüchte, von 90 Einsparvorschlägen aus unserem liberalen Sparbuch – zum Beispiel 600 Beamtenstellen, die wir abgeschafft haben. Wir haben sechs Milliarden weniger Schulden gemacht, als Peer Steinbrück geplant hat und trotzdem haben wir die Bürgerinnen und Bürger zu Anfang dieses Jahres um acht Milliarden Euro entlastet und den Bildungsetat um zehn Prozent erhöht. Das ist der Politwechsel. Er funktioniert. Für die nächsten Jahre haben wir weitere Vorschläge gemacht, unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Warum, frage ich, beschaffen wir ein Raketensystem MEADS, von dem alle Experten sagen, es entspricht weder der Sicherheitslage in Deutschland noch hilft es unseren Männern und Frauen im Einsatz? Fünf Milliarden Euro!

Warum führen wir nicht eine Diskussion darüber, unsere Steinkohle in Deutschland nicht bis 2018 zu fördern, sondern die Möglichkeit im Jahr 2012, die so genannte Revisionsklausel zu nutzen, um früher aus dem subventionierten Steinkohlebergbau auszusteigen? 14 Milliarden Euro bis 2018. 22.000 Kumpel, die dringend in anderen Bereichen als Fachkräfte gesucht würden. Es ist volkswirtschaftlicher Unsinn und man kann diesen Menschen viel besser Zukunftsperspektiven in Zukunftsbereichen bieten, meine Damen und Herren.

An den Standorten, in denen wir in Nordrhein-Westfalen noch Zechen haben, an vier Standorten, gibt es jetzt, dank der Politik von Andreas Pinkwart und der schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen, vier neue Fachhochschulen. Das ist eben der Unterschied. Die einen wollen Vergangenheit verlängern und wir investieren in die Zukunft dieses Land und die liegt in den Köpfen und nicht unter der Erde. Das ist der Unterschied. Nein, wir haben da klare Vorstellungen. Wir haben klare Vorstellungen – und im Übrigen: Unsere Vorstellungen sind wesentlich konkreter als die des zuständigen Bundesfinanzministers. Wolfgang Schäuble gibt viele Interviews, äußert sich zu vielem, aber seine Interviews sind bislang noch die eines Finanzphilosophen – und nicht die eines Sanierers, der auch die Spielräume für die Entlastungen der Gesellschaft frei räumen will, meine Damen und Herren. Und deshalb sind wir gespannt auf die Vorschläge von Wolfgang Schäuble. Unsere liegen auf dem Tisch.

Es gibt auch heute am Tag eine Debatte, auch das will ich noch sagen, über den Zeitpunkt der Steuerentlastung. Wir hatten immer gesagt: „Wir wollen spätestens im Jahr 2012 diese Steuerentlastung und -vereinfachung auf den Weg bringen, spätestens 2012.“ Und heute sagt Herr Seehofer, dass müsse doch schon 2011 sein. Heute ist das die Nachrichtenlage. 2011 will er einsteigen. An uns soll das nicht liegen – aber wie ist eigentlich die Position der Union insgesamt? Liebe Union, wenn Ihr jetzt mal auf einen Nenner kommt, sind wir bereit noch vor der Landtagswahl in ganz konkrete Gespräche einzutreten, wann, wie und wie viel wo kommt, meine Damen und Herren. An uns liegt es nicht. Wir sind klar.

Und ein letztes will ich sagen zur Steuerpolitik, weil uns jetzt vorgehalten wird, die FDP, sie sei umgefallen. Wahr ist: Wir haben vor der Bundestagswahl geworben für ein Entlastungsvolumen von fünfunddreißig Milliarden Euro. Und wir haben mit der Union verhandelt und wir haben ein Volumen von vierundzwanzig Milliarden Euro erreicht, das jetzt umgesetzt wird in zwei Tranchen von acht plus sechzehn gleich vierundzwanzig. Also der Koalitionsvertrag, auf den wir bestehen. Ja, das ist nicht hundert Prozent dessen, was wir erreicht haben, aber ist das Umfallen? Was ist eigentlich Umfallen? Umfallen, das ist doch die Mehrwertsteuerlüge der SPD gewesen. Umfallen, das waren doch die Grünen in Hamburg, die vor der Bürgerschaftswahl gesagt haben, das Kraftwerk Morburg kommt nicht, und wo danach die grüne Senatorin die Genehmigung unterschrieben hat. Das ist Umfallen. Umfallen ist, das Gegenteil dessen zu tun, was man gesagt hat.

Wir halten dagegen Wort, liebe Freundinnen und Freunde. Und es gibt genügend Effizienzreserven im Staat, das ist geradezu phänomenal. Das ist wie die orwellsche Gedankenpolizei, wenn der Bundesrechnungshof seinen Bericht vorlegt oder der Bund der Steuerzahler sein Schwarzbuch. Dann füllen sich die E-Mail-Briefkästen von empörten Bürgern, die fragen: „Was macht ihr da mit dem Steuergeld?“ Aber darüber hinaus wird der Eindruck erweckt, jetzt in diesen Tagen, der Staat sei arm. Und mancher glaubt das sogar

noch. Ich sage Ihnen, wir müssen nur genauer hinschauen, was der Staat eigentlich macht und ob er nicht mit dem gleichen Geld seine Ziele besser erreichen kann.

Haben Sie von dem Vorgang zum Beispiel in Berlin gehört? Da gibt es eine Gesellschaft, einen gemeinnützigen Verein, der sich um Obdachlose kümmert – oder ich sage besser kümmern soll. Vom rot-roten Senat bekommt der jedes Jahr vierzehn Millionen Euro. Hätte mal ein Mitarbeiter der Sozialbehörde auf den Parkplatz geschaut, wenn der Geschäftsführer dieser Gesellschaft vorgefahren ist, dann hätte er einen Dienst-Maserati mit Chauffeur gesehen. Da sind nämlich Gelder nicht richtig verwendet worden. Niemandem ist das aufgefallen, dass die Gelder, die für Obdachlose bestimmt waren, vierzehn Millionen Euro in Dienst-Maseratis und Whirlpools in Dienstwohnungen eingesetzt worden sind. Es reicht eben nicht, nur in den Etats des Staates soziale Absichten zum Ausdruck zu bringen, man muss auch darauf schauen, ob soziale Ergebnisse in der tagtäglichen Wirklichkeit erzielt werden.

Das war auch und ist der Kern der Debatte über die Zukunft des Sozialstaates, die wir eröffnet haben, die Guido Westerwelle eröffnet hat. Diese Debatte ist erforderlich, in einem am besten finanzierten Wohlfahrtsstaat der Welt. Diese Debatte ist erforderlich, aber wie war das denn? Als das Urteil des Bundesverfassungsgericht kam, das gesagt hat, die Regelsätze für Hartz IV sind von Rot- Grün willkürlich und pauschal festgelegt worden. Reaktion von Roten und Grünen: der Vorschlag einer willkürlichen und pauschalen Erhöhung der Regelsätze von Hartz IV. Da war die Tinte unter dem Urteil noch gar nicht trocken. Aber auf 420 Euro wollen die Grünen den Hartz IV Regelsatz erhöhen, nach Schätzungen kostet das bis zu zwanzig Milliarden Euro ohne dass einem einzelnen Menschen der Weg in die Arbeitswelt wieder zurück geebnet werden würde. Zwanzig Milliarden Euro, ohne sozialen Effekt, reine Umverteilung, SPD und auch Grüne haben sich von der Agenda 2010 verabschiedet. Sie streben eine Agenda 1970 an, nur aus Gefallsucht der Linkspartei gegenüber.

Wir wollen dagegen einen anderen Sozialstaat. Wir wollen einen Sozialstaat. Aber wir wollen einen anderen Sozialstaat. Wir wollen einen Interessenausgleich zwischen denjenigen, die von ihrer Leistung abgeben und jenen, die von diesen sozialen Leistungen als Bedürftige dauerhaft oder gegenwärtig leben müssen. Dieser Interessenausgleich ist zentral. Denn die Mitte der Gesellschaft ist solidarisch, aber ihre Solidarität ist ein kostbares Gut, mit dem die Politik auch sorgfältig umgehen muss. Das sind wir den Menschen, die von ihrer Arbeitskraft und ihrem Einkommen abgeben ganz einfach schuldig, meine Damen und Herren. Und deshalb haben wir diese Diskussion geführt und eröffnet, auch wenn sie kontrovers ist, auch wenn man die auch wirtschaftlichen Interessen von sozialen Unternehmen in diesem Bereich berührt, die dort entsprechend auch zurück schlagen, weil sie an Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen ja auch verdienen.

Trotzdem müssen wir diese Debatte führen, weil es um die Menschen geht, die wir aktivieren wollen, die wir zurück führen wollen in die Teilhabe von Arbeit und Bildung in unserem Land, die wir nicht vernachlässigen wollen, die wir nicht nur alimentieren wollen. Sondern denen wir ein Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglichen wollen, weil wir wissen: Die Berufstätigkeit ist nicht Einkommenssicherung allein. Sie ist Quelle von Selbstvertrauen, von Identität, dem Gefühl gebraucht zu werden. Wie viele Menschen, die ohne Arbeit sind, schämen sich, dass sie Hartz IV beziehen; und diesen Menschen eine Hand zu reichen, und sie zurück zu holen in unseren ersten Arbeitsmarkt, ist das sozial Verantwortlichste, was man überhaupt nur tun kann, meine Damen und Herren. Und daran orientiert sich unsere Politik.

Und diese kritische Debatte, die wir eröffnet haben, sie ist nicht ohne Ergebnisse geblieben., Die ersten Ergebnisse haben wir jetzt erreicht dieser kritischen Debatte. Was ist insbesondere

Guido Westerwelle für seinen Mut, diese Dinge auszusprechen, auch gescholten worden, aber entscheidend ist, dass wir jetzt zu Ergebnissen kommen, die auch diese Mühe rechtfertigen. Jeder unter fünfundzwanzig Jahre alte Arbeitssuchende erhält jetzt innerhalb von sechs Wochen ein Angebot auf einen Arbeitsplatz, auf eine Weiterqualifikation oder auf eine sinnvolle Arbeitsgelegenheit. Damit es überhaupt keinen Fadenriss bei diesen jungen Menschen gibt und sie sich nicht entwöhnen auch davon, Disziplin zu haben, morgens aufzustehen zur Arbeit zu gehen und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wir haben einen skandalösen Mangel beseitigt, auf den schon hingewiesen worden ist.

Wir haben die Situation, dass in Berlin eine große Zahl von Jugendlichen auf die Frage „Was willst du später mal werden?“, antwortet: „Ich werde Hartz IV“. Da sind oft genug Jugendliche, die jetzt in einer Familie, die im Transferleistungsbezug ist, groß werden. Und denen sagt dieser Sozialstaat: „Wir verrechnen all das, was du hinzu verdienst mit dem Sozialeinkommen Deiner Eltern. Trag' in den Ferien keine Zeitungen aus, geh' ins Freibad.“ Was ist das auch für ein erzieherisches Signal an junge Menschen, die wir in den Arbeitsmarkt, in die Mitte der Gesellschaft holen wollen. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn junge Menschen sagen, „ich werde Hartz IV“, wenn man ihren individuellen Fleiß bestraft. Wir haben dagegen Anerkennung dafür, wenn junge Menschen sich in den Ferien ein Taschengeld hinzu verdienen wollen. Bis zur Sommerpause wollen wir das im Gesetzesblatt haben, dass das Taschengeld auch bei denen verbleibt, die dafür arbeiten, meine Damen und Herren.

Aber wir haben auch noch Aufgaben vor uns, die wir noch nicht abgeschlossen haben, bei der Neuordnung des Sozialstaats. Zuverdienste sind eine Schlüsselaufgabe. Die Folge langjähriger Arbeitslosigkeit ist ja, dass Spannung verloren geht, dass Frauen und Männer Beschäftigungsfähigkeit einbüßen, sie vielleicht physisch und psychisch gar nicht mehr in der Lage sind, einen achtstündigen Arbeitstag durchzustehen oder eine Vierzig-Stunden-Arbeitswoche. Und deshalb braucht es schrittweise Entwicklungen, Schritte zurück in den ersten Arbeitsmarkt. Nicht jeder hat sofort die Chance, wieder Vollzeit erwerbstätig zu werden. Vielleicht sind die ersten Angebote nur Teilzeitjobs oder Jobs im Niedriglohnbereich. Das sind die sogenannten Aufstocker, die ihr Sozialeinkommen kombinieren mit einer kleinen eigenen Berufstätigkeit. Das war bislang nicht sehr attraktiv, bis 100 Euro konnte man etwas davon behalten. Danach von jedem weiteren Euro vom hundert-einten Euro Zuverdienst an, hat der Staat dann 80 Cent genommen. Das ist kein Anreiz.

Wir haben hier ein Modell vorgelegt, eines von zweien, mit dem sichergestellt ist, dass jemand, der einen Vierhundert-Euro Job neben Hartz IV hat, davon mehr als die Hälfte, nämlich 260 Euro, behalten kann. Wir tun das nicht nur, um eine Brücke zu bauen in den Arbeitsmarkt. Wir tun das auch, weil wir diesen Menschen das entgegen bringen wollen, was sie verdient haben, wenn sie sich mit Fleiß raus arbeiten wollen. Und das ist Respekt, meine Damen und Herren.

Eine zweite Aufgabe bei der Neuordnung des Sozialstaats, die zweite Aufgabe, für viele Kommunalpolitiker von Bedeutung, das sind die Kosten der Unterkunft. Das Hartz-Amt bezahlt ja die Mieten nach Ermessen der Behörde. Das führt zu einer unglaublichen Klageflut vor Ort, die Vielzahl der Bescheide von Hartz IV, die angegriffen werden von den Empfängern, da ist der Angriffspunkt die Bemessung der Kosten der Unterkunft, Angemessenheit der Unterkunft der Behörden, die Angemessenheit der Wohnung, die die Behörde entscheidet. Es hat übrigens noch einen ganz anderen Nebeneffekt: Es führt dann dazu, dass geprüft wird von Sachbearbeitern, die in den Außendienst gehen, ob das Paar und die Familie wirklich auch als Paar und Familie zusammen lebt. Da werden die

Zahnputzbecher angeschaut, ob die benutzt werden und da geht der Sachbearbeiter ins Schlafzimmer und schaut, ob da auch tatsächlich ein gemeinsames Leben geführt wird Tag und Nacht. Deshalb wollen wir regionalisierte Pauschalen für die Kosten der Unterkunft, weil wir dadurch den Menschen eine Entscheidungsfreiheit zurück geben darüber, wie sie ihr Leben gestalten wollen, weil wir die Klageflut und auch den Bürokratieaufwand reduzieren wollen, und weil wir den Menschen dadurch auch ihre Würde zurück geben, meine Damen und Herren.

Den Sozialstaat zu reformieren, das ist keine Frage von Einsparungen. Es ist auch eine Frage von Freiheit, von Respekt und von Würde, meine Damen und Herren. Deshalb führen wir die Diskussion.

Ein wesentliches Feld sozial verantwortlicher Politik, das ist der Gesundheitsbereich. In kaum einem Bereich sind Veränderungsnotwendigkeit und Veränderungsbereitschaft so ungleich verteilt. Es ist mal gesagt worden, Gesundheitspolitik, das sei Wasserballett in einem Haifischbecken. Da gibt es nämlich eine Vielzahl von potentiellen Gegnern: Pharmalobby, Ärztelobby, Apothekerlobby, CSU. Aber Philipp Rösler macht eine sehr gute Figur. Der lässt sich auch nicht aus der Ruhe bringen. Ich bewundere seine Gelassenheit gegenüber den zahlreichen Stellungnahmen und Wortmeldungen, die es da so aus München gibt. Vielleicht weiß er auch und hat das Gefühl, dass die in der CSU in Wahrheit ja auch sich selber nicht ganz grün sind, was sie wollen und ob eher München oder eher Berlin sagt, wo es lang geht. Das ist so in der CSU und auch traditionell. Neulich hat mir beispielsweise ein CSU-Abgeordneter, der längere Zeit erkrankt war, so ein Genesungstelegramm gezeigt, das er bekommen hat. Da hat sein CSU-Vorstand geschrieben: „Lieber Wilhelm, wir wünschen Dir baldige Genesung und dass du bald zurück kommst.“ Und darunter stand: „Beschlissen bei fünf Gegenstimmen und drei Enthaltungen.“ So sind die in der CSU, wir sollten es nicht zu ernst nehmen uns nicht von den wesentlichen Problemen ablenken lassen.

Das ist die Versorgung der Menschen auf dem Land, das ist die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs für den Ärzteberuf, wir haben darüber entschieden. Das ist aber auch die Frage der Finanzierung unseres Gesundheitswesens, eine Frage übrigens, die gegenwärtig auch Gegenstand von polemischen Kampagnen ist. Die SPD sammelt ja Unterschriften, hat sie angekündigt. Haben sie eigentlich noch mal was davon gehört? Wie da der Fortschritt ist? Die letzte Zahl, die ich kenne ist, sie haben sechzigtausend Unterschriften. Beachtlich – sie haben jedes zehnte SPD Mitglied schon überzeugt! Das sagt auch was über die Kampagnenfähigkeit dieser Partei aus. Ich will es aber nicht so juxig machen, denn tatsächlich gibt es so etwas wie einen Angststillstand, wie der Publizist Richard David Precht neulich gesagt hat, insbesondere im Gesundheitswesen. Und dafür habe ich auch Verständnis, wenn die junge Familie, der junge Mann, die junge Frau, die hart arbeiten, ihre Familie durchbringen, sich um die Kinder kümmern müssen, berufstätig sind, vielleicht noch ein Ehrenamt haben. Wenn die, jede politische Entscheidung daraufhin prüfen, „was heißt das für mich und meine Familie?“, schränkt das die Möglichkeit ein, ihren bescheidenen Wohlstand aufzubauen, in den Urlaub zu fahren. Ich habe Verständnis dafür, wenn Menschen so sensibel auf politische Entscheidungen reagieren, wenn sie auch möglicherweise verunsichert sind, wenn sie nicht die Zeit haben jeden Tag ordnungspolitische Literatur über die Reform des Gesundheitssystem zu lesen, wie wir alle das ja immer tun.

Nein, an diese Menschen müssen wir uns wenden. Ihnen müssen wir erklären, was wir wollen und ihnen die Ängste nehmen. Wir müssen beschreiben, dass wir im demographischen Wandel, mit einem Gesundheitswesen das zwangsläufig teurer werden wird, nicht den Faktor Arbeit alleine belasten dürfen, weil das ihren eigenen, ganz individuellen Arbeitsplatz

gefährden würde. Wir müssen ihnen erklären, dass die Alltagserfahrungen, dass Wettbewerb das Geschäft belebt und dass die Auswahl zwischen unterschiedlichen Anbietern die Qualität steigert, dass da natürlich auch und vor allem auch im Gesundheitswesen ein Weg ist. Und wir müssen veranschaulichen, dass es eben nicht so ist, dass es im Gesundheitswesen ein Band zwischen den Starken und Schwachen gibt. Diejenigen, die gesetzlich versichert sind, bleiben bislang unter sich und auch nur im Bereich bis dreitausendsiebenhundertfünfzig Euro Brutto.

Wir erst wollen ein Band der Solidarität in dieser Gesellschaft spannen zwischen den Starken und den Schwachen, denjenigen, die gesund sind und denjenigen, die krank sind. Und deshalb, meine Damen und Herren, auch wenn es Widerstand gibt, die Aufgabe im Gesundheitswesen zu einer Neuordnung zu kommen und jedem und jeder auch in der Zukunft den Zugang zu einer hochwertigen Medizin zu gewährleisten ist den Widerstand allemal wert, Philipp, wir alle stehen hinter dir bei dieser Aufgabe.

Und da passiert ja auch was. Zum Beispiel in der Ausgabenseite, wo es darum geht, die in Deutschland ungewöhnlich hohen Arzneimittelpreise zu reduzieren. Da gibt es jetzt den Vorschlag der Bundesregierung, das müsse um zwei Milliarden Euro reduziert werden, die überproportionalen Renditen müssen zurück geführt werden. Und dann gibt es Kritik auch von der SPD, von diesem Mann mit der Fliege, das sei alles zu wenig, man könnte sehen, die FDP lasse sich vielleicht doch von der Pharmalobby kaufen und da müsse doch und so weiter und sofort. Elf Jahre hatten wir rote und grüne Gesundheitsminister, da ist ja die Frage erlaubt: Was haben die eigentlich gemacht in dem Bereich, was war deren Problemlösungsbeitrag in dem Feld? Können Sie sich an etwas erinnern?

Ja, es gab was im Jahr 2001. Im Jahr 2001 gab es sogar einen Gesetzentwurf, der etwa eine Milliarde Euro Einsparungen im Bereich der Pharmaindustrie vorgesehen hat und da gab es – wie jetzt – eine öffentliche Diskussion. Und dann fuhren die Vertreter der Pharmalobby bei Gerhard Schröder vor mit der Flasche Wein unter dem Arm, da hat man sich das noch mal durch den Kopf gehen lassen – nicht das, was sie jetzt denken – am nächsten Tag ist Gerhard Schröder dann vor die Presse getreten, ja, man habe sich das noch mal genau vorlegen und vorrechnen lassen, eine Milliarde Euro seien ein bisschen viel. Eine Einmalzahlung von zweihundert Millionen würde es ja auch tun und die könne man ja dann auch noch von der Steuer absetzen.

Da frage ich mich: Wer ist eigentlich käuflich in der Politik, meine Damen und Herren? Nein, wir haben den Mut auch zu diesen unpopulären Fragen. Wir haben den Mut, die Soziale Marktwirtschaft in beiden Dimensionen zu erneuern, in der Dimension eines konsequenten Liberalismus, der die Marktordnung erweitert und schützt und auch eines mitführenden Liberalismus, der dafür sorgt, dass jeder auch ein Leben in Solidarität und Würde führen kann.

Gegen unsere Vorstellungen formiert sich Widerstand, Widerstand der Opposition, insbesondere vom designierten Kanzlerkandidaten der SPD, von Sigmar Gabriel, der sich für nichts zu schade ist in diesen Tagen. Er will Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden. Das wird er nicht in einer Neuauflage der Großen Koalition, das wird er auch nicht in einer Neuauflage von Rot-Grün, das wird er nur mit Rot-Rot-Grün und deshalb soll Nordrhein-Westfalen das Testfeld für dieses neue Koalitionsmodell werden. Deshalb verändert sich die Programmatik der SPD, ich habe auf die „demokratische Marktwirtschaft“ hingewiesen. Deshalb verändert sich der Stil und deshalb sucht er auch neue Partner.

Ich habe ein Hobby seit einiger Zeit. Ich protokolliere nämlich Sigmar Gabriel mit. Und das will ich mal zitieren. Das sind jetzt inzwischen sechs Wochen Sigmar Gabriel: „Biedermann und Biederfrau, Brandstifter und Sozialbetrüger, asoziale und radikale Partei, jung und gnadenlos und verfassungsfeindlich, Dienstbote von Steuerhinterziehern und Atomlobbyist, Zuschauerkanzlerin und Propagandazentrale der Atomkonzerne, Trivialkanzlerin und neunmalkluger BWL-Yuppies, Lug und Trug und Praktikanten, falscher Fünfte, rechthaberischer Schreihals und Lumpenelite, Wirtschaftsstalinist und Leitwart der Atomkraftwerke, Ökobolschewist und Helfershelfer der Taliban, Möchtegern-Berlusconi mit verfassungsfeindlichen Tendenzen, populistischer Führer und schizophrene Persönlichkeit.“ Meine Damen und Herren: Dieser Mann hat sich nicht unter Kontrolle, und deshalb darf er auch keine Kontrolle über diesen Staat erhalten.

Uns, der Partei von Hans Dietrich Genscher, wirft er vor, wir seien verfassungsfeindlich. Derselbe Sigmar Gabriel, dessen Partei in Berlin und in Brandenburg mit der Linkspartei regiert. Einer Partei, die die Öffentlichkeit ja nicht im Unklaren darüber lässt, welche Gesellschaft sie anstrebt. Sie hat sich nämlich ein neues Grundsatzprogramm gegeben. Wie sieht denn das Grundsatzprogramm des Koalitionspartners SPD aus und das will ich noch einmal in Erinnerung rufen: Es heißt zum Beispiel im Grundsatzprogramm der Linkspartei über die DDR, Zitat: „Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zieht ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungswesen“ Zitat Ende.

Chancengleichheit im Bildungswesen, darunter versteht die Linke, dass in der DDR Studienplätze nach politischem Wohlverhalten vergeben worden sind und im Berlin des Jahres 2010 nach Losentscheid. Über Westdeutschland heißt es, auch über die Zeit als Walter Scheel und Willy Brandt regiert haben, man habe hier „die Unterdrückungsmechanismen eines autoritären Obrigkeitsstaats“ erlebt.

Die Linke hat das Ziel, strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen – also in VEB – in denen nur dreißig Stunden wöchentlich gearbeitet werden muss. Bei vollem Lohnausgleich, versteht sich. Damit das finanziert werden kann, braucht Die Linke eine steuerliche Umverteilung von hundertsechzig Milliarden Euro – hundertsechzig Milliarden Euro jährlich, und dies hätte aber, so sagt die designierte Vizevorsitzende, noch einen Nebeneffekt, nämlich: Die Mordrate würde sinken. Zur Durchsetzung dieser, wie es heißt, „Umwälzung mit revolutionärer Tiefe“ vertraut Die Linke aber nicht mehr der parlamentarischen Demokratie. Die Parlamente sollen nämlich durch Wirtschafts- und Sozialräte ergänzt werden, das hieß früher mal Sowjets. Sie will den politischen Generalstreik als Kampfmittel der Beschäftigten legalisieren und sie ruft zu zivilem Ungehorsam auf.

Meine Damen und Herren, eine Partei, die ihre eigene Vergangenheit nie aufgearbeitet hat, die ihre Rolle im totalitären Regime der SED nie klar für sich geklärt hat, eine Partei, die die Grundentscheidungen unseren demokratischen Rechts- und Sozialstaats ablehnt, eine Partei, die zu sozialen Unruhen aufruft und in den autoritären Staaten Südamerikas ein Vorbild für Deutschland sieht, die darf in diesem Land keine Verantwortung tragen, meine Damen und Herren.

Und dafür kämpft die FDP, am 9. Mai und danach, für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, für Freiheit und für Fairness für mehr Menschen. Herzlichen Dank!